

SPIEGEL ONLINE - 01. Juni 2006, 15:47

URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,419043,00.html>

CDU/CSU-Mittelstand

"In der Union grummelt es"

In Unternehmerkreisen wächst die Unzufriedenheit mit der Großen Koalition. Im Interview mit SPIEGEL ONLINE spricht der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, über das Ansehen der Kanzlerin, bürokratische Gesetze und die Hartz-IV-Reformen.

SPIEGEL ONLINE: Herr Schlarmann, der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrats, Kurt Lauk, hat angesichts der drei großen Strukturreformen - Gesundheit, Steuern und Föderalismus - und der für Herbst erwarteten Generalrevision der Arbeitsmarktreform Hartz IV erklärt, spätestens Ende 2007 werde sich erweisen, "ob die Große Koalition weiterhin Sinn macht". Sieht das die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung auch so?

Schlarmann: Das kann man so formulieren.

SPIEGEL ONLINE: Das klingt nicht so, als seien Sie als CDU-Mitglied mit der Arbeit der Großen Koalition und der Kanzlerin Angela Merkel zufrieden.



AP / MIT-DEUTSCHLAND

Mittelständler Schlarmann,
CDU: "Deutlich über 40
Prozent"

Schlarmann: Frau Merkel und die Partner in der Großen Koalition haben die Absicht, in dieser Legislaturperiode zusammen zu arbeiten. Dafür müssen sie bestimmte Gesellenstücke abliefern, wozu die Gesundheits-, die Unternehmensteuer- und im Herbst die Arbeitsmarktreform gehören. Wenn sie dieses zur Zufriedenheit der Beteiligten geschafft haben, dann wird sich die Kanzlerin an die Meisterprüfung wagen - die Bundestagswahl. Und die ist bestanden, wenn sie eine Mehrheit von deutlich über 40 Prozent einführt.

SPIEGEL ONLINE: Mit Frau Merkel lag die Union mit rund 35 Prozent zuletzt deutlich unter dieser Marke. Setzen Sie die Maßstäbe nicht zu hoch an?

Schlarmann: Das deutliche Überspringen des 30-Prozent-Korridors ist die zentrale politische Frage, die über ihr weiteres Schicksal entscheidet. Denn nur dann ist sie in der Lage, mit der FDP eine neue Regierung zu bilden. Das ist ihre eigentliche Meisterprüfung.

SPIEGEL ONLINE: Täuscht der Eindruck oder grummelt es in Teilen der Union?

Schlarmann: Das ist in Gesprächen mit Mitgliedern deutlich zu spüren. Natürlich haben wir uns eine andere Farbenkonstellation gewünscht. Aber nicht dies ist für mich das eigentlich Entscheidende, sondern die Tatsache, dass diese Große Koalition von großen Reformen spricht, aber im Augenblick nur von einem kleinen Schritt zum nächsten geht. Auch damit könnte ich leben, wenn diese Politik die richtige Richtung einschläge - nur das tut sie nicht.

SPIEGEL ONLINE: Woran hapert es?

Schlarmann: Nehmen Sie nur das ehemalige Antidiskriminierungsgesetz. Dort haben wir im Bundestagswahlkampf - allen voran Frau Merkel - eine Eins-zu-eins-Umsetzung der EU-Richtlinien versprochen. Nun müssen wir an der Basis erklären, warum die SPD sich in den meisten Punkten durchgesetzt hat. Es ist nicht nur ein Glaubwürdigkeitsproblem entstanden, sondern man muss sich auch fragen, wie nachhaltige Positionen der Union innerhalb der Koalition vertreten werden.

SPIEGEL ONLINE: Hat Merkel das Gleichbehandlungsgesetz, wie es jetzt genannt wird,

innerhalb der Partei geschadet?

Schlarmann: Mit Sicherheit. Was die Kanzlerin sich vom Kompromiss verspricht, kann man leicht erraten. So hat Frau Merkel bei den Verhandlungen über den Kompromiss die Kriterien "Alter" und "Behinderung" mit in den Gleichbehandlungskatalog aufgenommen. Das ist aus der Sicht der großen Meisterprüfung, nämlich der Bundestagswahl, nachvollziehbar. Sie möchte dem möglichen Vorwurf aus dem Wege gehen, sich nicht nachdrücklich für den Schutz von Alten und Behinderten eingesetzt zu haben. Dafür war sie bereit, bei dem Gleichbehandlungsgesetz auf eine wichtige Unionsposition zu verzichten. Das hat im Mittelstand sehr viel Unverständnis ausgelöst, denn das neue Gesetz bringt zusätzliche Bürokratie und enthält erhebliche, zurzeit noch gar nicht abschätzbare Risiken.

SPIEGEL ONLINE: Aber was hätte die Kanzlerin anderes tun sollen? Die Koalition wegen des Antidiskriminierungsgesetzes platzen lassen?

Schlarmann: Das grundsätzliche Problem ist, dass sich Frau Merkel und die Politik der Großen Koalition insgesamt in einem mehrfachen Zielkonflikt befinden. Nehmen wir nur das Beispiel der Sozialabgaben bei Rente, Pflege, Arbeitslosen- und Gesundheitsversicherung. Die Kanzlerin will die 40-Prozent-Grenze einhalten, wie sie mehrfach bekräftigt hat. Doch wie soll das geschehen, wenn einerseits die sozialen Leistungen und Ausgaben dynamisch steigen und andererseits die Zahl der beitragspflichtigen Arbeitnehmer weiter abnimmt.

SPIEGEL ONLINE: Ist die Arbeitslosigkeit nicht gerade gesunken?

Schlarmann: Ja. Es bleibt aber eine Tatsache, dass sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten trotzdem dramatisch nach unten entwickelt, mit der Folge, dass immer weniger Menschen unser Sozialsystem finanzieren müssen. Das verlangt beherrschte Einschnitte auf der Leistungsseite. Nur: Wenn Merkel die Renten kürzt oder den Menschen weniger Leistungen bei der Gesundheit zumutet, dann gefährdet sie ihre Wiederwahl. Zwischen diesen Polen bewegt sich die Politik hin und her. Das Ziel großer Reformen wird zwar in Sonntagsreden immer wieder betont, doch mit welcher Strategie man dahin kommen will, das ist unklar.

SPIEGEL ONLINE: Heute werden im Bundestag die Korrekturgesetze zu Hartz IV verabschiedet. Bei Hartz IV hat Frau Merkel eine Generalrevision abgelehnt. Andere Unions-Ministerpräsidenten fordern das aber. Sie auch?

Schlarmann: Ja. Hartz IV ist aus mehreren Gründen gescheitert. Insbesondere ist das Hauptziel nicht erreicht worden, arbeitslose Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Stattdessen hat sich Hartz IV nach dem Prinzip "Einkommen ohne Arbeit" schleichend zu einem Grundsicherungssystem entwickelt, an dem sich immer mehr Leute beteiligen. Um dies zu verändern, müssen Leistungsspektrum und der Kreis der Berechtigten deutlich eingegrenzt werden, auch muss die Höhe der Leistungen reduziert werden. Wie im früheren Sozialhilferecht muss auch beim Arbeitslosengeld II die frühere Unterhaltsverpflichtung wieder wirksam werden.

SPIEGEL ONLINE: Solche Punkte werden Sie mit der SPD niemals durchsetzen.

Schlarmann: Das ist richtig. Deshalb ist für mich die Reparatur an Hartz IV nur ein Kurieren an Symptomen. Mit Veränderung von Stellschrauben - auch wenn es 70 sind - ist dem Grundübel nicht beizukommen. Alles muss auf den Prüfstand nach dem Motto: ohne Arbeit kein Einkommen. Im Augenblick wird Hartz IV reformiert, weil man sieht, dass der Haushalt aus dem Ruder läuft. Das reicht aber nicht.

SPIEGEL ONLINE: Was schlagen Sie vor?

Schlarmann: Das Grundmuster von Hartz IV ist falsch. Arbeitnehmer sollen gezwungen werden, wieder Arbeit aufzunehmen - doch dafür braucht es auch Arbeitgeber, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Doch dafür fehlen wirtschaftspolitisch alle Voraussetzungen. Insofern muss viel mehr geschehen - wir brauchen Deregulierung, die

Tarifverträge müssen per Gesetz geöffnet, die Flächentarifverträge flexibler, die Löhne stärker gespreizt werden, damit Menschen aus den unteren Lohngruppen wieder Beschäftigung finden.

Das Interview führte Severin Weiland

© SPIEGEL ONLINE 2006

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

Zum Thema:

Zum Thema in SPIEGEL
ONLINE:

- ▶ Hartz IV: Mehrheit befürwortet Reform der Reform (01.06.2006)
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,419225,00.html>
 - ▶ Reformpläne: Koalition verschärft Hartz-IV-Regeln (01.06.2006)
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,419117,00.html>
 - ▶ Bundeswehr-Mission: Bundestag stimmt Kongo-Einsatz zu (01.06.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,419195,00.html>
 - ▶ Steuern: Länder wollen Pendlerpauschale erhalten (01.06.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,419250,00.html>
-